

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Lorenz Ilmberger nachträglich zum Geburtstag.

Der Vorsitzende teilt mit, dass von der SPD-Fraktion ein Ergänzungsantrag mit Schreiben vom 10.12.2013 (Posteingang: 11.12.2013) zu den öffentlichen Tagesordnungspunkten 4 (Antrag der PWU-Fraktion zum Bau einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur auf der Mitterfeldallee) und 5 (Antrag der PWU-Fraktion zum Bau eines zusätzlichen kombinierten Geh- und Radweges auf der Mitterfeldallee zwischen Münchner Straße und der Straßäckerallee) eingegangen ist.

Des Weiteren teilt der Vorsitzende mit, dass von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 10.12.2013 (Posteingang: 11.12.2013) zu dem Tagesordnungspunkt 9 der öffentlichen Sitzung (Klimaschutzkonzept im Landkreis München) ebenfalls ein Ergänzungsantrag eingegangen ist.

Die Anträge sind den Mitgliedern des Gemeinderats übermittelt worden.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

#### 1057 19 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats gefassten Beschlüssen wird kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

#### **Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen**

1058 19 Beschluss: 19 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 14.11.2013, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

#### **Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Spende an die Opfer des Taifuns**

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.11.2013 auf Hilfe für die Opfer des Taifuns wird bekanntgegeben. Die Begründung des Antrages lautet wie folgt:

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Aufgrund der sehr guten Haushaltslage, der bevorstehenden Weihnachtszeit und auch der Tatsache, dass sich die Gemeinde Unterföhring sehr großzügig gegenüber den Opfern der Flutkatastrophe in Bayern (Passau, Deggendorf) verhalten hat, sehen wir es als geboten, auch den Opfern des verheerenden Taifuns zu helfen.

Das Schreiben des Landratsamtes vom 09.12.2013 (eingegangen am 12.12.2013) wurde bekannt gegeben. Auf das nochmalige Telefonat vom 12.12.2013 mit der Aufsichtsbehörde wurde vom Bürgermeister hingewiesen.

1059    19    Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat beschließt, über eine der gemeinnützigen Organisationen, wie z. B. UNICEF oder Hilfe für die Opfer des Taifuns, Aktion Deutschland Hilft und Bündnis Entwicklung Hilft, den Opfern des Taifuns eine Spende in Höhe von 20.000 € zukommen zu lassen. Die jeweilige Spendenhöhe sowie die Organisation/Institution, der die jeweilige Spende zufließen soll, wird durch die Verwaltung vorgenommen.

Az.: 4  
2.1; 0.1

#### **Antrag der PWU-Fraktion zur Ertüchtigung des Kreisels an der Kreisstraße M3**

Der Bürgermeister gibt den Antrag der PWU-Fraktion zur Ertüchtigung des Kreisels an der Kreisstraße M3 vom 03.11.2013 bekannt. Der Antrag der PWU-Fraktion wurde dem Gremium vorgelegt.

Der Kiesel an der Kreisstraße M3 stößt in den Spitzenstunden am Morgen und am Abend an seine Kapazitätsgrenze. Dies wurde vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München in der Fraktionsvorunterrichtung am 07.10.2013 so bestätigt. Teilweise bildet sich auf der Kreisstraße M3 ein Rückstau von einigen hundert Metern. Diese Situation wird sich nach der Fertigstellung des neuen Allianz Campus noch verschlechtern.

1060    19    Beschluss: 19 : 0

Die Verwaltung wird beauftragt, Verbesserungsmöglichkeiten und Vorschläge für die Ertüchtigung des Kreisels an der Kreisstraße M3 zu erarbeiten.

Dazu ist von der Verwaltung ein geeigneter Verkehrsplaner und der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, in Abstimmung mit dem Landratsamt München, hinzuzuziehen.

Die entsprechenden Haushaltsmittel für die Umsetzung sind im Haushalt 2014 einzustellen/ zu erhöhen.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Az.: 6010  
3.1; 3.2; 1

#### **Antrag der PWU-Fraktion zum Bau einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur auf der Mitterfeldallee**

Der Bürgermeister gibt den Antrag der PWU-Fraktion zum Bau einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur auf der Mitterfeldallee vom 03.11.2013 bekannt. Der Antrag der PWU-Fraktion wurde dem Gremium vorgelegt.

Die Mitterfeldallee ist durch den hohen ein- und auspendelnden Verkehr in den Morgen- und Abendstunden unter der Woche bereits an seiner Belastungsgrenze angelangt. Teilweise bildet sich auf der Mitterfeldallee ein Rückstau von einigen hundert Metern. Diese Situation wird sich nach der Fertigstellung des neuen Allianz Campus noch verschlechtern. In diesem Zusammenhang ist auf der südlichen Seite der Mitterfeldallee zwischen der Münchner Straße und der Straßäckerallee ein zusätzlicher kombinierter Geh- und Radweg vorzusehen, um den Bewohnern in Unterföhring Süd einen verbesserten Zugang zur Nahversorgung (Penny, Lidl, Friso, KIK) zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang weist der Bürgermeister darauf hin, dass durch das Ingenieurbüro Lichtenecker & Spagl GmbH, Landshut am 19.03.2013 (Dienstag) und 21.03.2013 (Donnerstag) Verkehrserhebungen an der Kreuzung Mitterfeldallee/Münchner Straße durchgeführt wurden. Der Bürgermeister gibt das Gutachten des Ingenieurbüros Lichtenecker & Spagl GmbH, Landshut vom 19.06.2013 bekannt.

Auf den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 10.12.2013 (Posteingang: 11.12.2013) wird verwiesen, in dem die Planungen für eine zusätzliche Rechtsabbiegespur und eines zusätzlichen Geh- und Radweges zusammenzufassen sind. Bei diesen Planungen ist die neue Bushaltestelle der Buslinie 235 (St.-Emmeram via S-Bahnhof Unterföhring) zu berücksichtigen. Des Weiteren sind die Kosten des zusätzlichen Geh- und Radweges im Zuge der weiteren Planungen des KIESA-Geländes im städtebaulichen Vertrag dem Grundstückseigentümer (Planungsbegünstigten) zu belasten.

1061 19 Beschluss: 19 : 0

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verbesserung der Rechtsabbiegesituation durch den Bau einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur auf der Mitterfeldallee vor der Kreuzung zur Münchner Straße zu prüfen.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Dazu ist von der Verwaltung der Gemeinde Unterföhring ein geeigneter Verkehrsplaner und der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München hinzuzuziehen.

Die entsprechenden Haushaltsmittel für die Umsetzung sind im Haushalt 2014 der Gemeinde Unterföhring einzustellen/zu erhöhen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Az.: 631

3.2; 3.1; 1.1; 2.1

#### **Antrag der PWU-Fraktion zum Bau eines zusätzlichen kombinierten Geh- und Radweges auf der Mitterfeldallee zwischen Münchner Straße und der Straßäckerallee**

Der Bürgermeister gibt den Antrag der PWU-Fraktion zum Bau eines zusätzlich kombinierten Geh- und Radweges auf der Mitterfeldallee zwischen Münchner Straße und der Straßäckerallee vom 03.11.2013 bekannt. Der Antrag der PWU-Fraktion wurde dem Gremium vorgelegt.

Um den Bewohnern in Unterföhring Süd einen verbesserten Zugang zur Nahversorgung (Penny, Lidl, Friso, KIK) zu ermöglichen, ist auf der südlichen Seite der Mitterfeldallee zwischen der Münchner Straße und der Straßäckerallee ein zusätzlicher kombinierter Geh- und Radweg vorzusehen.

Auf den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 10.12.2013 (Posteingang: 11.12.2013) wird verwiesen, in dem die Planungen für eine zusätzliche Rechtsabbiegespur und eines zusätzlichen Geh- und Radweges zusammenzufassen sind. Bei diesen Planungen ist die neue Bushaltestelle der Buslinie 235 (St.-Emmeram via S-Bahnhof Unterföhring) zu berücksichtigen. Des Weiteren sind die Kosten des zusätzlichen Geh- und Radweges im Zuge der weiteren Planungen des KIESA-Geländes im städtebaulichen Vertrag dem Grundstückseigentümer (Planungsbegünstigten) zu belasten.

1062    19    Beschluss: 19 : 0

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bau eines zusätzlich kombinierten Geh- und Radweges auf der südlichen Seite der Mitterfeldallee zwischen der Münchner Straße und der Straßäckerallee zu prüfen.

Dazu ist von der Verwaltung ein geeigneter Verkehrsplaner und der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München hinzuzuziehen.

Die entsprechenden Haushaltsmittel für die Umsetzung sind im Haushalt 2014 einzustellen.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Az.: 631  
3.2; 3.1; 1.1; 2.1

#### **Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zu den vorangegangenen heutigen Tagesordnungspunkten Nrn. 5 und 6; Bau einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur auf der Mitterfeldallee und zusätzlichen Geh- und Radweg südlich der Mitterfeldallee**

Der Vorsitzende bringt den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zur Beratung und Diskussion. Der Ergänzungsantrag vom 10.12.2013 (Posteingang: 11.12.2013) wird in der heutigen Sitzung ausgelegt und verlesen. Aus der Mitte des Gremiums wird beantragt, dass dieser Ergänzungsantrag (a und b sowie c) in zwei Sachordnungspunkte aufgeteilt werden soll.

Ziffer a und b des Ergänzungsantrages; Die Planungen für eine zusätzliche Rechtsabbiegespur und eines zusätzlichen Geh- und Radweges sind zusammenzufassen. Bei diesen Planungen ist die neue Bushaltestelle der Buslinie 235 (St.-Emmeram via S-Bahnhof Unterföhring) zu berücksichtigen

1063 18 Beschluss: 18 : 0

Die Planungen für eine zusätzliche Rechtsabbiegespur und eines zusätzlichen Geh- und Radweges sind zusammenzufassen. Bei diesen Planungen ist die neue Bushaltestelle der Buslinie 235 (St.-Emmeram via S-Bahnhof Unterföhring) zu berücksichtigen.

Ziffer c des Ergänzungsantrages; Die Kosten des zusätzlichen Geh- und Radweges sind im Zuge der weiteren Planungen des KIESA-Geländes im dafür auszuarbeitenden städtebaulichen Vertrag dem Grundstückseigentümer (Planungsbegünstigten) zu belasten

1064 18 Beschluss: 11 : 7

Es sind die Kosten des zusätzlichen Geh- und Radweges im Zuge der weiteren Planungen des KIESA-Geländes im dafür auszuarbeitenden städtebaulichen Vertrag dem Grundstückseigentümer (Planungsbegünstigten) zu belasten. Herr Gemeinderat Kemmelmeier hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen und freiwillig seinen Sitzplatz verlassen. Nach der Beschlussfassung kehrt Herr Kemmelmeier wieder an seinen Sitzplatz zurück.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Voranfrage für eine befristete mobile Wohnanlage für Asylbewerber nördlich des Mittleren Isarkanals**

Mit Schreiben vom 06.11.2013 hat die Firma HWZ Projekt GmbH, Unterschleißheim, eine Anfrage für eine befristete mobile Wohnanlage für Asylbewerber am Mittleren Isarkanal an der Bauhofstraße in Unterföhring, Fl.Nrn. 568 und 569 gestellt.

Das Schreiben ist den Mitgliedern des Gemeinderats übermittelt worden und wird nochmals zur Kenntnis gebracht.

Das Landratsamt München ist bereits seit Anfang des Jahres 2013 durch die zuständige Regierung von Oberbayern aufgefordert worden, die Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis München zu koordinieren und sicherzustellen. Die Gemeinde Unterföhring hat frühzeitig ihre Unterstützung bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe angeboten und gemeindeeigenen Wohnraum zur Verfügung gestellt; derzeit sind 13 asylsuchende Personen in Unterföhring untergebracht.

Die Zahl der Asylbewerber ist aufgrund weltweiter Krisen- und Kriegsgebiete in den vergangenen Monaten kontinuierlich weiter stark gestiegen, sodass nach derzeitigem Stand allein im Landkreis München im kommenden Jahr ca. 1.500 asylsuchende Personen untergebracht werden müssen.

Daher besteht ein dringender Aufruf des Landkreises München an die Kommunen sowie an interessierte Privatpersonen, bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu helfen. Insbesondere sollen geeignete Objekte oder Standorte für die Unterbringung von Asylbewerbern angeboten oder benannt werden. Gelingt es nicht, rechtzeitig genügend Wohnraum zu schaffen oder zur Verfügung zu stellen, können die mit dieser Aufgabe betrauten Behörden - hier das Landratsamt München- im Bedarfsfall die Unterbringung in geeigneten Räumlichkeiten -z.B. Sporthallen- von Amts wegen verfügen.

Mit der vorliegenden Anfrage besteht nunmehr eine konkrete Option, auf dem Gebiet der Gemeinde Unterföhring eine Einrichtung für die Unterbringung von Asylbewerbern zu errichten.

Der Antragsteller möchte das vorgetragene Projekt zeitlich befristen.

#### **Baurechtliche Aspekte**

Für die Grundstücke Fl.Nrn. 568 und 569, die im Flächennutzungsplan als Flächen für Versorgungsanlagen (E.ON) ausgewiesen sind, besteht kein rechtskräftiger Bebauungsplan. Die Bauhofstraße mit einer Breite von ca. 5,40 m ist als öffentlicher Feldweg gewidmet und liegt im Eigentum der Gemeinde Unterföhring, die Durchfahrt für Kraftfahrzeuge ist verboten, jedoch für Anlieger frei. Eine Beleuchtung ist bis zu den Grundstücken Fl.Nr. 568 und 569 vorhanden. Ein Geh- und Radweg ist nicht vorhanden. Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Schmutzwasseranlagen Fl.Nrn. 568 und 568 als Privatrohrkanal vorhanden sind und über den Mittleren Isarkanal geführt werden. Südlich des Mittleren Isarkanals wird der private

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Schmutzwasserkanal in das öffentliche Kanalnetz eingespeist.  
Die Gehölzbestände entlang des Mittleren Isarkanals sind gemäß dem BayNatSchG geschützt. Die Bushaltestelle der MVV-Linie 231 an der Münchner Straße (Poschinger Weiher) ist ca. 550 m entfernt.

Auf die früheren Planungen zur Errichtung einer Produktionsstätte (TechnoCarbon) sowie eines Handwerkerhofes (HWZ) wird hingewiesen.

Weiter wird darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich Wohnnutzung an der Bauhofstraße 7 und 8 vorhanden ist.

#### Zur Unterbringung von Asylbewerbern:

Die Anzahl der untergebrachten Personen sollte auf eine verbindliche Höchstzahl festgesetzt werden. Entsprechend der vorläufigen Planungen sollte vereinbart werden, dass maximal bis zu 100 Personen zeitgleich der mobilen Wohnanlage zugewiesen werden.  
Bevorzugt soll die Unterbringung von Familien sowie unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen ermöglicht werden.

Bei der Zuweisung der asylsuchenden Personen sollte -trotz des Unterbringungsdrucks- generell insbesondere auf die Belegungsstruktur geachtet werden. Diese sollte so beschaffen sein, dass es zwischen den untergebrachten Personen nicht zu kulturell, religiös oder politisch begründeten Spannungen kommt.

#### Zur Betreuung der Asylbewerber:

Ziel sollte eine offene, integrative und begleitende Betreuung der untergebrachten Asylbewerber sein.

Um dies zu ermöglichen, sollte für die sog. Gemeinschaftsunterkunft eine eigenständige, vom Freistaat Bayern bzw. dem Landkreis München finanzierte Sozialbetreuung sichergestellt werden. Diese soll in der Unterkunft selbst ansässig sein und sowohl für die dort untergebrachten Personen als auch für die beteiligten Behörden als Anlaufstelle zur Verfügung stehen.

Die örtlichen Sozialdienste, Vereine, Kirchen sowie die weiteren Sozialeinrichtungen sind rechtzeitig bei der Betreuung mit einzubinden, um eine Basis für eine offene und netzwerkorientierte Betreuung zu bieten.  
Die Verwaltung oder ein wieder ins Leben zurufender Arbeitskreis Asyl soll hier koordinierend beraten.

#### Grundsätzliche Überlegungen:

Das Zusammenleben der Unterförhinger Bürgerinnen und Bürgern mit den in der Unterkunft lebenden Gästen soll beidseitig ohne Vorbehalte oder Ängste möglich sein und geführt werden können.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

1065    19    Beschluss: 19 : 0

Die Gemeinde Unterföhring ist sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst, im Rahmen ihrer soziostrukturellen Leistungsfähigkeit bei der Unterbringung von asylsuchenden Personen die notwendige Unterstützung anzubieten.

Der vorliegenden Voranfrage der HWZ Projekt GmbH für eine befristete mobile Wohnanlage für Asylbewerber am Mittleren Isarkanal in der Bauhofstraße Unterföhring, Fl.Nrn. 568 und 569 wird dem Grunde nach die Zustimmung mit folgenden Maßgaben erteilt:

1. Bauliche Aspekte

- Keine Unterbauung der 110 kV-Hochspannungsleitung
  - Herstellung der Erschließungsstraße von der Münchner Straße bis zum Bahnübergang der S-Bahnlinie S8 mit einem durchgängig kombinierten Geh-und Radweg (kein Asphaltbelag zwingend erforderlich) an der südlichen Seite der Straßenführung
  - Die Kosten der notwendigen Erschließungsmaßnahmen sind vom Antragsteller vollumfänglich zu tragen
  - Die Gehölzbestände entlang des Mittleren Isarkanal sind gemäß dem BayNatSchG geschützt und entsprechend zu berücksichtigen
  - Bei Einreichung eines Bauantrages wird auf die Nachbarteilnahme hingewiesen.
2. Der Landkreis München ist aufzufordern, alle Landkreiskommunen -im Zweifel von Amtswegen- bei der Bewältigung dieser Aufgabe entsprechend einzubinden.
3. Die mobile Wohnanlage wird zunächst für eine Dauer von maximal fünf Jahren errichtet und ausschließlich zum Zwecke der Asylunterbringung genutzt.
4. Weitere vergleichbare Unterkünfte werden im Bereich der Gemeinde Unterföhring nicht eingerichtet oder eröffnet.
5. Die Höchstzahl der in die Unterkunft zeitgleich zugewiesenen Personen darf 100 nicht übersteigen.
6. Bei der Zuweisung von asylsuchenden Personen sollen möglichst Familien und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bevorzugt in der Wohnanlage untergebracht werden.
7. Bei der Zuweisung der asylsuchenden Personen ist -trotz des derzeit bestehenden Unterbringungsdrucks- auf die Belegungsstruktur zu achten. Es sollte darauf Rücksicht genommen werden, dass die untergebrachten Personen kulturell, religiös oder politisch zusammengeführt werden können.
8. Für die Unterkunft ist eine vom Freistaat bzw. vom Landkreis München finanzierte Sozialbetreuung (mindestens eine Vollzeitstelle) einzurichten, die vor Ort für die untergebrachten Personen als auch für die beteiligten Behörden und weiteren Stellen zur Verfügung steht.
9. Darüber hinaus sind für eine effektive und zielgerichtete Betreuung der asylsuchenden Personen entsprechende Dolmetscher zur Verfügung zu stellen.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

10. Der Landkreis München ist aufzufordern, die Gemeinde Unterföhring im Falle der Obdachlosigkeit von nicht mehr in der Wohnanlage unterbringungspflichtigen Personen (insbesondere Asylanerkannte, Personen mit Abschiebungshindernissen) bei der ggf. notwendigen Unterkunftsbeschaffung mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.

Az.: 610

1; 0; 3

Herr Ilmberger und Herr Mecke  
verlassen um 20.38 Uhr den  
Sitzungssaal.

#### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 49b/12 zur Verlegung eines Baumarktes mit Gartencenter und Tiefgarage zur FeringasträÙe 5; Satzungsbeschluss (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss)**

Der Planentwurf zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 49b/12 zur Verlegung eines Baumarktes mit Gartencenter und Tiefgarage zur FeringasträÙe 5, in der Fassung vom 26.09.2013 nach § 12 und § 30 BauGB, lag erneut in der Zeit vom 18.10.2013 bis einschließlich 19.11.2013 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 18.10.2013 bis 19.11.2013 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Der Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 26.11.2013 Nr. 433, wird zur Kenntnis gebracht.

Die im Verfahren vorgebrachten Hinweise und redaktionellen Änderungen werden in den Bebauungsplanentwurf, Stand 26.11.2013, eingearbeitet.

Eine weitere Auslegung ist aus diesem Grund nicht mehr erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 49b/12 zur Verlegung eines Baumarktes mit Gartencenter und Tiefgarage zur FeringasträÙe 5 kann als Satzung beschlossen werden.

Beschluss: 17 : 0

1066 17

Der vorhabenbezogene Bebauungsplanentwurf Nr. 49b/12 zur Verlegung eines Baumarktes mit Gartencenter und Tiefgarage zur FeringasträÙe 5, in der Fassung vom 26.11.2013, wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 12.12.2013.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

Az.: 6010

3.1; 3.2; 3.3; 3.4

Herr Ilmberger und Herr Mecke  
kehren um 20.42 Uhr in den  
Sitzungssaal zurück.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Klimaschutzkonzept im Landkreis München; Vollzug der vorgeschlagenen Maßnahmen in der Gemeinde Unterföhring (Empfehlungsbeschluss aus dem Umwelt und Energieausschuss)**

An den Beschluss des Gemeinderates vom 17.03.2011, Nr. 584, wird erinnert. Darin stimmte der Gemeinderat einer Beteiligung der Gemeinde Unterföhring am Klimaschutzkonzept des Landkreises zu. Das Konzept wurde am 07.10.2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Den Gemeinderäten wurde mit der Sitzungseinladung für die öffentliche Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 12.11.2013 ein Exemplar des Gemeindeteils zugestellt.

Kernstück des Konzeptes waren zwei Bürgerforen, in denen interessierte Bürgerinnen und Bürger Vorschläge („Steckbriefe“) zu konkreten Klimaschutzkonzepten ausarbeiten konnten. Diese Vorschläge wurden in der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 12.11.2013 vorberaten. Die Beschlüsse werden dem Gremium zur Kenntnis gebracht.

Konkret handelt es sich bei den vorgeschlagenen Maßnahmen um vier Handlungsfelder und darin wiederum um einzelne „Steckbriefe“.

#### 1. Handlungsfeld „Strukturbildung“

##### 1.1 Antrag Klimaschutzmanager(in)

#### 2. Handlungsfeld „Rund ums Haus“

##### 2.1 Thermografie-Aktion der Gemeinde

##### 2.2 Steigerung der Sanierungsquote und Ausbau der Erneuerbaren Energien durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Beratung

##### 2.3 Energieberatung zur Kostensenkung

##### 2.4 Informationskampagne „Energiesparen“ für Bürger und Unternehmen

#### 3. Handlungsfeld „Regionale Energieerzeugung und –versorgung“

##### 3.1 Ökostrom für alle

##### 3.2 Windenergie mit Bürgerbeteiligung nutzen

##### 3.3 Gemeindewerke Unterföhring

##### 3.4 Vorbereitung für Ersatz der SWM-Fernwärme durch eigene Geothermie

#### 4. Handlungsfeld „Energiemanagement in Betrieben“

##### 4.1 Energieautarke Kläranlage (energetische Optimierung)

Folgende Beschlüsse wurden in der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 12.11.2013 gefasst:

#### Steckbrief 1.1: Antrag Klimaschutzmanager(in)

1067 19 Beschluss: 19 : 0

Das integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises München wird auch auf die Gemeinde Unterföhring bezogen umgesetzt. Darüber hinaus ist die Einführung eines Controlling-Systems vorzusehen.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Steckbrief 2.1: Thermografie-Aktion der Gemeinde

1068 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Steckbrief 2.1 „Thermografie-Aktion“ wird zugestimmt. Die Gemeinde wird nach fachlicher Beratung durch einen Experten eine Wärmebildkamera kaufen. Durchgeführt werden die Thermografieaufnahmen vom Klimaschutzmanager. Kostenbeteiligungen der Hauseigentümer für die Aufnahme und für die spätere Umsetzung der Maßnahmen werden im Energiesparförderprogramm geregelt.

#### Steckbrief 2.2:

#### Steigerung der Sanierungsquote und Ausbau der Erneuerbaren Energien durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Beratung

1069 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Steckbrief 2.2 „Steigerung der Sanierungsquote und Ausbau der Erneuerbaren Energien durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Beratung“ wird zugestimmt. Der Klimaschutzmanager informiert Bürger und Betriebe über bestehende kommunale und überregionale Fördermöglichkeiten, über kommunale Förderprogramme zur Anschubfinanzierung für Beratung zur Gebäudesanierung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien (Heizkesseltausch, Holzpellets-Heizungen, Photovoltaik und Solarthermie, Anschluss an Fernwärme etc.).

#### Steckbrief 2.3: Energieberatung zur Kostensenkung

1070 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Steckbrief 2.3 „Energieberatung zur Kostensenkung“ wird zugestimmt. Dazu werden konkret folgende Maßnahmen eingeleitet:

1. Die Möglichkeit eines Verleihs von Strommessgeräten wird in der Gemeinde bekannt gegeben;
2. im Rathaus wird regelmäßig eine kostenlose Energieberatung angeboten;
3. am Wochenmarkt wird ein Infostand mit einer Energiesparberatung aufgestellt;
4. im Rahmen des Energie- und Umwelttages findet eine „Energiespar-Schau“ im Bürgerhaus statt;
5. einmal pro Jahr wird eine „Energiearchitektour“ zu energetisch sanierten Musterbeispielen angeboten;
6. die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten für eine Energieberatung durch gewerbliche Berater vor Ort. Modalitäten und Höhe der Beteiligung werden im Energiesparförderprogramm geregelt.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Durchgeführt werden die gemeindlichen Maßnahmen vom Klimaschutzmanager und Mitarbeitern des Umweltamtes. Mit eingebunden werden die am Projektsteckbrief beteiligten Personen und das Landratsamt.

#### Steckbrief 2.4: Informationskampagne „Energiesparen“ für Bürger und Unternehmen

1071 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Steckbrief 2.4 „Informationskampagne „Energiesparen“ für Bürger und Unternehmen“ wird dem Grunde nach zugestimmt. Dazu werden konkret folgende Maßnahmen eingeleitet:

1. Die Energiesparthemen werden plakativ am Rathaus dargestellt z.B. mit einer Schautafel;
2. die Gemeinde Unterföhring entwickelt eine Kampagne für Betriebe mit Flugblättern, Plakaten, einer Info-Veranstaltung etc.;
3. für Energieeinsparungen in Betrieben wird ein „Energiesparpreis Unterföhring“ geschaffen, dessen Höhe und Logo noch festzulegen sind; Mitarbeiter in Betrieben werden für Einsparerfolge belohnt, z.B. mit kostenlosen MVV-Tickets);
4. umweltbewusste Geschäfte in Unterföhring erhalten einen Aufkleber z.B. „Grüner Daumen“ und geben Wertmarken aus, z.B. „Grüne Punkten“ (ähnlich wie Rabattmarken mit gewissem Wert) – Vergütung durch Gemeinde, IHKs, Landkreis München etc.).

Durchgeführt werden die Maßnahmen vom Klimaschutzmanager. Mit eingebunden werden die am Projektsteckbrief beteiligten Personen und das Landratsamt.

#### Steckbrief 3.1: Ökostrom für Alle!

1072 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Steckbrief 3.1 „Ökostrom für Alle“ wird dem Grunde nach zugestimmt. Dazu werden konkret folgende Maßnahmen eingeleitet:

1. Auf der Gemeindehomepage werden Vergleichsportale für Ökostromanbieter genannt;
2. es werden Informationen für die Zielgruppen Privathaushalte und Unternehmen erstellt;
3. im Rahmen der Energiemesse wird ein Info-Tag mit Fachforen abgehalten;
4. um verschiedene Zielgruppen anzusprechen (z.B. Studenten, Senioren, Betriebe) werden mehrere kreative Veranstaltungen angeboten, z.B. „Ökostromparty“, „Ökostrommarathon“, „Ökostromtreff“.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Organisiert werden die Maßnahmen vom Klimaschutzmanager.

#### Steckbrief 3.2: Windenergie mit Bürgerbeteiligung nutzen

1073 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Steckbrief 3.2 „Windenergie mit Bürgerbeteiligung nutzen“ wird dem Grunde nach zugestimmt.

Nach gesetzlicher Verankerung der geplanten Abstandsregelung (Höhe der Windkraftanlage x 10) wird die derzeit vorliegende Machbarkeitsstudie überarbeitet. Die im Steckbrief aufgeführten Maßnahmen werden dann auf ihre Realisierbarkeit geprüft.

#### Steckbrief 3.3: Gemeindewerke Unterföhring

1074 19 Beschluss: 19 : 0

Der Steckbrief 3.3 „Gemeindewerke Unterföhring“ wird zur Kenntnis genommen. Eine eventuelle Realisierung bleibt dem neuen Gemeinderat vorbehalten.

#### Steckbrief 3.4: Vorbereitung für Ersatz SWM-Fernwärme durch eigene Geothermie

1075 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Steckbrief 3.4: „Vorbereitung für Ersatz SWM-Fernwärme durch eigene Geothermie“ wird zugestimmt.

Das Fernwärmenetz in Unterföhring-Süd, das von den Stadtwerke München errichtet und betrieben wurde, wird von der Gemeinde Unterföhring nach Ablauf der Zweckvereinbarung (2020) soweit technisch und wirtschaftlich sinnvoll, übernommen und durch GEOVOL-Leitungen ersetzt. Mit den technischen Planungen und den Gesprächen mit den Stadtwerken wird baldmöglichst begonnen. Parallel zu der Fernwärmeleitung wird wie bisher ein Lichtwellenleiterkabel verlegt. Darüber hinaus wird mit den Stadtwerken München über eine eventuelle Redundanzkooperation Fernwärme/Fernwärme verhandelt.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Steckbrief 4.1: Energieautarke Kläranlage Energetische Optimierung der Kläranlage Unterföhring

1076 19 Beschluss: 19 : 0

Die im Steckbrief 4.1 „Energieautarke Kläranlage / energetische Optimierung der Kläranlage“ vorgestellten Maßnahmen werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie werden im Rahmen der in den nächsten 4 bis 6 Jahren in der Kläranlage geplanten Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung, Energieeinsparung und Verbesserung der Energieerzeugung geprüft und umgesetzt, wenn sie technisch und finanziell machbar sind.

#### Ergänzungen zum Klimaschutzkonzept

Herr Gemeinderat Zehetmair bringt als Ergänzung zum Klimaschutzkonzept ein, dass ein neues Handlungsfeld „Wasser“ aufgenommen werden soll.

1077 19 Beschluss: 19 : 0

Den Empfehlungsbeschlüssen des Umwelt- und Energieausschusses vom 12.11.2013 zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in der Gemeinde Unterföhring wird hiermit zugestimmt. Folgende Ergänzungen sollten dabei berücksichtigt werden:

Es ist ein Handlungsfeld „Wasser“ mit in das Klimaschutzkonzept aufzunehmen. Dieses Handlungsfeld „Wasser“ soll u. a. folgende Punkte enthalten:

- Förderung des Einbaus von Wasserzisternen,
- Schonender Umgang mit Trink- und Brauchwasser (Handlungsempfehlungen ausarbeiten).

Az.: 1711

3.1; 3.2; 3.3; 2.0; Klimaschutzmanager

#### Schulerweiterung Grundschule Unterföhring; Bemusterung Sonnenschutz; (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)

Die Klassenraumfenster sollen als hochwärmegedämmte Aluminiumfenster ausgeführt werden und erhalten einen außenliegenden Sonnenschutz. Die Sporthallen erhalten aus Gründen des Unfallschutzes sowohl innen als auch außen bündig in der Fassade sitzende Kastenfenster (VSG = Verbund-Sicherheits-Glas). Der Sonnenschutz wird hier innerhalb des Kastenfensters geführt, um ihn bei Ballspielen etc. auch von außen dauerhaft zu schützen.

Der Sonnenschutz wurde im Rahmen des Gewerks Fassaden- und Fensterarbeiten mit Beschluss des Gemeinderates vom 05.02.2013, Nr. G877, auf das wirtschaftlichste Angebot der Firma Reiki GmbH, Straubing, gemäß Angebot vom 18.01.2013, zu einer Angebotssumme von 1.147.346,83 € brutto vergeben.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Sonnenschutz wird wie folgt ausgeführt:

Klassenzimmer OG 1/ OG 2:

Alle Klassenzimmer (Ost- und Westseite) haben einen außenliegenden Sonnenschutz. Ebenso die beiden Lehrerzimmer auf der Südseite.

Treppenhäuser:

TRH 3 Nordfassade Ausführung mit außenliegendem Sonnenschutz ohne Sonnenschutzglas

TRH 1 + 4 keine Fensteröffnungen

TRH 2 entspricht der Ausführung Sportlerflure

Sporthallen EG/ OG 2:

Innenliegender Sonnenschutz. Im Zwischenraum zwischen innerer Glastrennwand und Außenfassade

Mensa (EG):

Ostfassade außenliegender Sonnenschutz als Senkrechtmartise ohne Sonnenschutzglas

Südfassade innenliegender Sonnenschutz mit Sonnenschutzglas Typ 51/26

Küche (EG):

Westfassade Ausführung mit Sonnenschutzglas

Sportlerflure OG 1/ OG 2:

Westfassade Ausführung mit Sonnenschutzglas

Brücke OG 1/ OG 2:

Westfassade Ausführung mit Sonnenschutzglas

Oberlichter Dach TRH 1 und 3:

Ausführung mit Sonnenschutzglas 51/26

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss hat in seiner Sitzung am 26.11.2013, Nr. G421, beschlossen, dass für die Gestaltung der Folierung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten sind. Darüber hinaus ist die Realisierung eines Handlaufs für den Verbindungsbau (1. und 2. OG) vorzusehen sowie für die Sportlerflure im Westen (1. und 2. OG) zu prüfen, ob hierbei ein nachträglicher Handlauf-Einbau technisch möglich ist.

Durch das planende Architekturbüro Bayer & Strobel werden folgende Farben für den Sonnenschutz vorgeschlagen:

1. Farbnummer 6960 Lindgrün
2. Farbnummer 6980 Lindgrün strukturiert
3. Farbnummer 6770 Sonnengelb
4. Farbnummer 6800 Sonnengelb strukturiert

Mit Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.11.2013, Nr. 440, wird dem Gemeinderat die Ausführung in der Farbe sonnengelb, Farbnummer 6770, empfohlen.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Nach Mitteilung des Empfehlungsbeschlusses des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.11.2013, Nr. 440, an das planende Architekturbüro Bayer & Strobel, Kaiserslautern, und die Schulleitung, Frau Hillen, bitten beide die Entscheidung zur Verwendung der Farbe Sonnengelb, Farbnummer 6770, zu überdenken und sprechen sich weiterhin für die Verwendung der Farbe Lindgrün, Farbnummer 6960, aus. Durch die Schulleitung wird angemerkt, dass die Farbe Gelb bereits im ersten Erweiterungsbau der Grundschule Unterföhring Anwendung gefunden hat, welches an die Fassadenfarbe angepasst ist. Im aktuellen Erweiterungsbau wird im Sonnenschutzglas eher ein Grünton ersichtlich, was in Kombination mit der Farbe Lindgrün abgerundet werden würde.

Dem Gremium wurden Visualisierungen des Sonnenschutz in den Farben Sonnengelb, Farbnummer 6770, und Lindgrün, Farbnummer 6960, zugestellt.

1078    19    Beschluss: 18 : 1

Der Sonnenschutz ist gemäß Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.11.2013, Nr. 440, in der Farbe Sonnengelb, Farbnummer 6770, auszuführen.

Az.: 521  
3.1

#### **Antrag des Vereins Feringer Sach auf weitere Kostenübernahme für die Nacharchivierung der Museumsbestände (Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss)**

Der Bürgermeister verweist auf die Gemeinderatsbeschlüsse vom 13.10.2011, Nr.680, und vom 12.01.2012, Nr. 713, durch die der Gemeinderat dem Verein Feringer Sach für das Haushaltsjahr 2012 zur Nacharchivierung der Museumsbestände einen Zuschuss in Höhe von maximal 30.000 € zuzüglich Mehrwertsteuer (abzüglich etwaiger Zuschüsse von übergeordneten Behörden) gewährt hat.

Im Erstantrag vom 02.08.2011 wurden vom Verein für die gesamte geplante Nacharchivierung insgesamt 40.000 € veranschlagt. Tatsächlich ausbezahlt von der Gemeinde an den Verein wurden im Haushaltsjahr 2012 28.000 € für Archivierungsarbeiten im Programm VINO durch die Firma GbR Zellner & Firmkäs.

Mit Schreiben vom 10.07.2013 stellt der Museum- und Heimatverein Feringer Sach den Antrag, die im Haushaltsjahr 2014 anfallenden weiteren Kosten für die fachgerechte, datenbankbasierte Inventarisierung des umfangreichen Fotoarchivs bereit zu stellen. Es wird hierzu ein Angebot der Fa. GbR Zellner & Firmkäs vom 09.06.2013 vorgelegt, in dem 400 Stunden á 40 € = 16.000 € für diese Tätigkeit veranschlagt werden.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Wie der Verein mitteilt, hat die Landesstelle für nichtstaatliche Museen dem Projekt bereits zugestimmt und für 2014 einen Zuschuss aus öffentlichen Mitteln in Höhe von rund 20 % der Kosten in Aussicht gestellt. Die entsprechenden Anträge werden seitens des Vereins eingereicht.

Mit Empfehlungsbeschluss des Finanzausschusses vom 04.11.2013, Nr. G101, wird befürwortet, im Vorgriff zum Haushalt 2014, dem Museumsverein Feringer Sach für die Nacharchivierung seines umfangreichen Bildarchivs einen weiteren Zuschuss in Höhe von 16.000 € zuzüglich Mehrwertsteuer und abzüglich des zu erwartenden Zuschusses der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Höhe von rund 20 % der Kosten zu gewähren.

1079 19 Beschluss: 19 : 0

Dem Museum- und Heimatverein Feringer Sach wird im Haushaltsjahr 2014 für die Nacharchivierung seines umfangreichen Bildarchivs ein weiterer Zuschuss in Höhe von 16.000 € zuzüglich Mehrwertsteuer und abzüglich des zu erwartenden Zuschusses der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Höhe von rund 20 % der Kosten gewährt. Die Mittel sind im Haushalt 2014 unter der Haushaltsstelle 3400.7010 bereit zu stellen.

Vor Auszahlung des Zuschussbetrages hat ein Nachweis der Rechnung zu erfolgen.

Az.: 321, 322, 323  
2.1; 0.1; 4.0

1080 19 **Stromlieferung für gemeindeeigene Objekte, Einrichtungen und die öffentliche Straßenbeleuchtung; Ergebnis der EU-weiten Stromausschreibung**

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 16.05.2013, Nr. 974, in dem die Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held, München mit der Einzelbeauftragung zur Stromausschreibung für 100 % Ökostrom für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis 31.12.2015 beauftragt wurde. Gleichzeitig wurde die Rechtsanwaltskanzlei Becker, Büttner, Held, München ermächtigt, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot für Ökostrom – entsprechend der einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen und wie in den Ausschreibungsunterlagen vorgegeben - für die Gemeinde Unterföhring zu erteilen.

Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung wurde im offenen Verfahren nach VOL/A die Lieferung der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energien zu 100 % Ökostrom ausgeschrieben.  
Bei der Ausschreibung handelte es sich um insgesamt 72 Entnahmestellen, u.a. um die Straßenbeleuchtung, Kläranlage, Sportzentrum und Bürgerhaus.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Folgende elf Unternehmen haben die Ausschreibungsunterlagen angefordert: die Gemeindewerke Oberhaching GmbH, die Energie Südbayern GmbH, die Stadtwerke Hannover, die Energieversorgung Ottobrunn GmbH, die Stadtwerke Schwerin GmbH, die E.ON Energie Deutschland GmbH, die LichtBlick SE, die IB News GmbH, die Naturstrom GmbH, die Elektrizitätswerke Schönauf Vertriebs GmbH und die Greenpeace Energy eG.

Bis zur Submission am 26.11.2013 wurden von zwei Stromanbietern Angebote abgegeben: von der Energieversorgung Ottobrunn GmbH und den Gemeindewerken Oberhaching GmbH.

Gemäß den in der Leistungsbeschreibung vorgegebenen Kriterien erhält das Angebot mit dem besten Preis-Leistungsverhältnis den Zuschlag. Maßgeblich für die Ermittlung des besten Preis-Leistungsverhältnisses war der Preis für den zu liefernden Ökostrom sowie die Gewährleistung einer Direktlieferung. Das Kriterium der Direktlieferung wurde in die Vergabeunterlagen aufgenommen, um das sogenannte „Greenwashing“ auszuschließen. Dabei wird konventionell erzeugter Strom („Graustrom“) durch den Einsatz von sogenannten Herkunftsnachweisen, d.h. Zertifikaten, als Strom aus erneuerbaren Energien („Grünstrom“) deklariert. Eine tatsächliche Lieferung des in erneuerbaren Energien Anlagen erzeugten Strom erfolgt hingegen nicht.

In der Ausschreibung wird das Kriterium der Direktlieferung durch die Gewähr des Bieters erfüllt, dass die zur Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien eingesetzten Anlagen konkret benannt und der in den konkret benannten Anlagen erzeugte Strom auch tatsächlich an den Bieter geliefert wird. Aufgrund der physikalischen Gegebenheiten ist eine physische Lieferung von erzeugtem Strom unmöglich. „Tatsächliche Lieferung“ bedeutet daher, dass die in den benannten Anlagen erzeugten Energiemengen dem Lieferanten (strom-) bilanziell zugeordnet werden. Die Lieferung erfolgt dann durch den bilanziellen Ausgleich der aus der eingesetzten Erzeugungsanlage bezogenen mit der von der Gemeinde aus dem Stromnetz entnommenen Strommenge.

Die Direktlieferung stellt eine wirkliche Besonderheit dar, da der Bezug von Ökostrom, insbesondere seit der Inbetriebnahme des Herkunftsnachweisregisters beim Umweltbundesamt zum 01.01.2013 auf den Einsatz von Herkunftsnachweisen basiert. Wird Ökostrom ohne die ausdrückliche Vereinbarung einer Direktlieferung bezogen, ist daher stets nur (bilanziell geliefert) konventionell erzeugter Strom erhältlich, der durch den separaten Zukauf von Herkunftsnachweisen als Ökostrom deklariert wird. „Normaler Ökostrom“ ist daher „Graustrom plus Herkunftsnachweis“. Durch die Direktlieferung entsteht eine direkte Zuordnung der in das Stromnetz durch die Erneuerbare-Energien-Anlage eingespeisten und der von der direkt belieferten Gemeinde Unterföhring aus dem Stromnetz entnommenen Energiemengen. Es wird daher tatsächlich Ökostrom geliefert.

Der Angebotspreis der Gemeindewerke Oberhaching GmbH beträgt für das Jahr 2014 4,357 Cent/kWh netto und für das Jahr 2015 4,271 Cent/kWh netto zuzüglich der EEG Steuer, Stromsteuer und Mehrwertsteuer.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Ursprünglich wurde eine Wasserkraftanlage in Norwegen angeboten. Der Betreiber der Stromerzeugeranlage, NEAS Energy, konnte die Lieferung vom Hardeland Kraftwerk in Norwegen nicht sicherstellen. Die 1951 errichtete Anlage hat Probleme mit der Wartung und Reparatur. Über den Betreiber wurde ein anderer Standort der Belieferung mit 100 % Ökostrom aus Windkraft benannt, der die gleichen Voraussetzungen der Lieferung der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energien zu 100 % Ökostrom erfüllt. Die Lieferung wird gesplittet zu 75 % über die Anlage:

Bezeichnung der Anlage: Windpark Bramming  
Standort: Dänemark, St. Darum – Videkaervej 15  
Betreiber: NEAS Energy A/S, Skelagervej 1, DK-9000  
Aalborg  
Eingesetzte Energie: Wind  
Inbetriebnahme: 1997

und zu 25 % über die Anlage:

Bezeichnung der Anlage: Windkraftanlage Varde  
Standort: Nedre Hallumvej 61  
Betreiber: NEAS Energy A/S, Skelagervej 1, DK-9000  
Aalborg  
Eingesetzte Energie: Wind  
Inbetriebnahme: 1997

Durch die Splittung wird sichergestellt, dass durch die eingesetzte Windkraft die Energie jederzeit geliefert werden kann.

Der Angebotspreis der Energieversorgung Ottobrunn GmbH beträgt für das Jahr 2014 5,06 Cent/kWh netto und für das Jahr 2015 5,0 Cent/kWh netto zuzüglich der EEG-Steuer, Stromsteuer und Mehrwertsteuer.

Die zur Stromerzeugung eingesetzte Anlage ist eine Wasserkraftanlage. Die genauen Angaben lauten wie folgt:

Bezeichnung der Anlage: Kraftwerk Aschbach  
Standort: Österreich  
Betreiber: Verbund Hydro Power AG  
Eingesetzte Energie: Wasser

Der Zuschlag wird aufgrund der oben dargestellten Kriterien an die Gemeindewerke Oberhaching GmbH erteilt.

Bei den o.g. Angebotspreisen handelt es sich hierbei noch nicht um die endgültigen Preise. Begründet wird dies darin, dass von den Bietern der reine Energiepreis anzubieten war. Dieser wird nach der in der Leistungsbeschreibung vorgegebenen Formel, abhängig von der Entwicklung des Börsenpreises, neu berechnet.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
          send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Formel zur Anpassung des Arbeitspreises sieht eine Bindung an den Mittelwert des täglichen Börsenschlusskurses im Zeitraum vom 25.11.2013 sowie vom 10.12.2013 vor.

Zum Börsenschluss am 10.12.2013 wurden folgende Energiepreise ermittelt:

Für das Jahr 2014

|               |                            |
|---------------|----------------------------|
| Energiepreis  | 4,389 Cent/kWh netto       |
| EEG-Steuer    | 6,24 Cent/kWh netto        |
| Stromsteuer - | <u>2,05 Cent/kWh netto</u> |
| Gesamtnetto:  | 12,679 Cent/kWh            |
| 19 % Mwst.    | <u>2,409 Cent/kWh</u>      |
| Gesamtbrutto: | 15,088 Cent/kWh            |

Für das Jahr 2015

|               |                            |
|---------------|----------------------------|
| Energiepreis  | 4,319 Cent/kWh netto       |
| EEG-Steuer    | 6,24 Cent/kWh netto        |
| Stromsteuer   | <u>2,05 Cent/kWh netto</u> |
| Gesamtnetto   | 12,609 Cent/kWh            |
| 19 % Mwst.    | <u>2,396 Cent/kWh</u>      |
| Gesamtbrutto: | 15,005 Cent/kWh            |

Zu den angebotenen Energiepreisen beträgt die Differenz nach Börsenschluss für das Jahr 2014 + 0,032 Cent netto und für das Jahr 2015 +0,048 Cent netto.

Der Zuschlag an die Gemeindewerke Oberhaching GmbH wurde rechtsverbindlich durch die Rechtsanwaltskanzlei Becker, Büttner, Held, München entsprechend den Vorgaben in der Leistungsbeschreibung, nach Ablauf der Wartepflicht gem. § 101a Abs. 1 Satz 3, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), erteilt.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 8610  
3.2; 3.1; 3.4; 2.1

### **Bekanntgaben und Anfragen**

Der Vorsitzende gibt folgendes bekannt:

- Errichtung von weiterführenden Schulen im Landkreis München;  
Antrag des Landkreises München auf Neugründung eines staatlichen  
Gymnasiums in der Gemeinde  
Der Vorsitzende gibt das Schreiben der Landrätin vom 15.11.2013 an den Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle bekannt, in dem die

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Neugründung eines staatlichen Gymnasiums in der Gemeinde Unterföhring seitens des Landkreises München beantragt wird.

- Verteilung und Abgabe der Klimanschutzbrochure  
Wie bereits bekannt, hat die Gemeinde eine Broschüre erstellt, die sich mit den aktuellen Fragen des Klimaschutzes und der Energieversorgung beschäftigt. Für jeden sind darin Tipps enthalten, wie er zum Klimaschutz beitragen und zudem seinen Geldbeutel durch Sparmaßnahmen entlasten kann. Schwerpunkt der Broschüre sind die Hinweise zum energiesparenden Bauen und Sanieren, die für alle jetzigen und zukünftigen Hausbesitzer interessant sind.

Die Broschüre wird in der 52. Kalenderwoche durch die Mitglieder der Jugendfeuerwehr an alle in Unterföhring wohnhaften Hausbesitzer verteilt. Alle übrigen interessierten Bürgerinnen und Bürger können sich die Broschüre ab dem 23.12.2013 in der Rathaus-Info abholen.

- S-Bahnhof Unterföhring: Nachrüstung von Rolltreppen in den Abgängen Nord und Süd  
Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 20.06.2013, Nr. 990, in Erinnerung.

Weiter gibt der Erste Bürgermeister das Schreiben vom 13.11.2013 an die DB Station & Service AG mit folgendem Inhalt bekannt:

Der Zugang zum unterirdischen S-Bahnhof Unterföhring erfolgt aktuell in den Abgängen Nord und Süd über die eingebauten Festtreppen. Dies entspricht der Planung auf Grundlage des Planänderungsbescheids vom 20.09.2002.

Vor der Planänderung vom 20.09.2002 war geplant, die Abgänge Nord und Süd des unterirdischen S-Bahnhofes auch über jeweils eine Rolltreppe zu erschließen. Der Gemeinderat von Unterföhring hat die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit der Deutschen Bahn und dem EBA zu untersuchen, ob ein nachträglicher Einbau der Rolltreppen in den Abgängen Nord und Süd auf Grundlage der bis zum Jahr 2002 gültigen Planung prinzipiell machbar ist. Im Rahmen dieser Untersuchungen wären verschiedene Themen zu behandeln. Dies betrifft u.a. das Genehmigungsrecht, sowie technische, baubetriebliche und finanzielle Fragestellungen. In diese Überlegungen ist mit aufzunehmen, ob ein Senkrechtaufzug im südlichen und nördlichen Abgang des S-Bahnhofs errichtet werden könnte, sofern die Realisierung der zusätzlichen Rolltreppen nicht machbar wäre.

Zum weiteren Vorgehen und die mögliche Einbindung der DB Station & Service, sowie des EBA soll ein Gesprächstermin erfolgen.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Kleingewerbegebiet an der Beta-Straße; Schreiben der Schreinerei Axenbeck & Mittelstrass GmbH  
Der Erste Bürgermeister erinnert an das Emails Schreiben vom 29.11.2013 von der Schreinerei Axenbeck & Mittelstrass GmbH, das an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurde. Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauantrag in der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusssitzung am 17.12.2013 behandelt wird.
- Mietvertrag Metzgerei Imbiss, Münchner Straße 73, Unterföhring ab dem 01.02.2014  
Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass der vollständige Mietvertrag vom künftigen Mieter Herrn Schäfert nunmehr mit Mietbeginn ab dem 01.02.2014 vorgelegt wurde und bringt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.11.2013 dabei in Erinnerung.
- Aufzüge Fichtenstraße (Abschnitte)  
Der Erste Bürgermeister teilt dem Gremium mit, dass der Prüfungsauftrag an die Verwaltung zum Einbau von Aufzugsanlagen an der gemeindeeigenen Wohnanlage an der Fichtenstraße (technisch und finanziell) sehr umfangreich ist und das erste Ergebnis dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss in der Januarsitzung 2014 vorgelegt wird.

#### Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats

- Die Gemeinderatsmitglieder Herr Kemmelmeier und Herr Peischl erkundigen sich nach dem Stand der Baumaßnahme des WHG-Gymnasiums in Garching. Der Vorsitzende erläutert den derzeitigen Stand und berichtet, dass hier mit den Beteiligten weitere Abstimmungen terminiert sind.

Nachdem keine weiteren Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats vorliegen, dankt der Vorsitzende den Mitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit im ablaufenden vergangenen Jahr, wünscht ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gutes Jahr 2014. Diese guten Wünsche ergehen auch an die anwesenden Zuhörer sowie die Presse.

## 69. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2013

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21.25 Uhr.

---

Franz Schwarz  
Erster Bürgermeister

---

Lothar Kapfenberger  
Schriftführer